



Hermann Kant 85

Vom Elektriker zum Schriftsteller, dessen Bücher Millionen Menschen in der DDR elektrisierten. Irmtraud Gutschke über den Autor Hermann Kant, der weiß: »Leben heißt Nüsseknacken.« **Seite 3**



Energie sparen

Atomkraftgegner erobern den Salzstock in Gorleben und sammeln Kräfte für das kommende Blockadewochenende. Der Druck auf die Konzerne steigt. Die maulen über die Energiewende. **Seite 5**



Multi-Kulti in allen Farben

Hunderttausende Schaulustige und Mitmacher kamen zum 16. Karneval der Kulturen nach Berlin-Kreuzberg. Mit dem großen Umzug erlebten sie am Sonntag ein prächtiges Spektakel. **Seite 11**

Standpunkt

Meisterprüfung

Von Olaf Standke

Als Recep Tayyip Erdogan nach dem Wahlsieg der AKP vor seine jubelnden Anhänger trat, wurde er überschäumend als »großer Meister« begrüßt. Der dritte Erfolg in Folge, noch einmal mit einem Stimmenzuwachs – in der Tat sitzt der islamisch-konservative Regierungschef fester denn je im Sattel der Macht. Nur bei den Kurden bekommt seine Partei kaum einen Fuß auf den Boden; zu groß ist die Enttäuschung über die unerfüllten Versprechungen Erdogans. Von der angekündigten »demokratischen Öffnung« ist kaum etwas geblieben. Geringe Schätzung, Diskriminierung, Misshandlungen stehen weiter auf der Tagesordnung.

Sie gehören zur Kehrseite des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs der Türkei zu einer selbstbewussten Regionalmacht, auch wenn die nun schon über fünf Jahre andauernden EU-Beitrittsverhandlungen kaum noch vom Fleck kommen. So wie die Entwicklung der Bürgerrechte und Grundfreiheiten im Lande. Die Kurden sehen die Mandatsgewinne ihrer Partei BDP jedenfalls auch als Botschaft an den Regierungschef: Die Menschen wollen eine zivile Verfassung und den so lange vermissten Frieden. Hier vor allem wird sich zeigen, ob der große auch ein weiser Meister ist, denn zur Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung nach eigenem Gusto hat es für Erdogan am Ende dann doch nicht gereicht. Er muss nun auf die Opposition zugehen – als Versöhner und nicht als polternder Spalter.

Unten links

Das Rätselraten um die Ursachen der EHEC-Epidemie nähert sich einer Lösung, aber letzte Gewissheit fehlt immer noch. Die Menschen sind verunsichert, Ladenregale bleiben voll, Restaurants dagegen leer. Wissenschaftler untersuchen, ob Schnappatmung oder Yoga Alternativen zum Essen sein könnten. Aus den Turnhallen werden die Sprossenwände entfernt, Sprosse ist das Unwort der Saison, Unwirt wird der Beruf des Jahres und Salatbuffets sind ein Fall für Lebensmüde. Was soll man noch machen, wenn nach Schwein, Rind, Huhn und sonstigem Getier nun auch noch die bisher gepriesene Vitaminbasis wegbriecht? Da erreicht uns ein letzter Hoffnungsschimmer: In der Internationalen Raumstation züchten sie jetzt Tomaten und Gurken. Vielleicht, dass dem EHEC-Erreger in der Schwerelosigkeit schwindlig wird. Endlich ein sinnvolles Forschungsprojekt, für das man gern die Steuermillionen hinblättert. Hoffentlich kommt es bald in die Läden, das Orbitalgemüse. **wh**

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Westerwelle kauft sich in Libyen ein

Außenminister zu Blitzbesuch bei Rebellen in Bengasi – in Tripolis spielte Gaddafi Schach

Von René Heilig

Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) war am Montag überraschend in der ostlibyschen Metropole Bengasi gelandet. Hier ist die Zentrale der Anti-Gaddafi-Rebellen. Hier hat der sogenannte Übergangsrat seinen Sitz, den man in westlichen Staaten bereits als Kern einer künftigen libyschen Regierung betrachtet.

Nur wenige EU-Spitzenpolitiker waren bislang in Bengasi, darunter die Außenminister Großbritanniens, Italiens und der Türkei sowie die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton. Westerwelles Besuch ist ein erstes deutsches Vortasten.

Die Bundesregierung, die sich nicht direkt an den Militäraktionen gegen Machthaber Gaddafi beteiligt und daher von den USA und anderen NATO-Staaten heftig kritisiert wird, versucht mit diesem dreistündigen Blitzbesuch ihr Image vor Ort aufzupolieren. Mitglieder des Übergangsrates, den Westerwelle gestern als »legitime Vertretung des libyschen Volkes« bezeichnete, ließen in den vergangenen Wochen bereits durchblicken, dass es deutsche Firmen nach einem Ende des Gaddafi-Regimes schwer haben könnten, an der Ausbeutung der libyschen Ölreserven sowie an Projekten zum Wiederaufbau beteiligt zu sein. Einen leichteren Stand haben französische Konkurrenten. Frankreichs Präsident Sarkozy, der zu den treibenden Kräften des NATO-Krieges gehört, hat seinen Bengasi-Besuch noch für diese Woche angekündigt.

Westerwelle hatte an Bord seiner Transall-Bundeswehrmaschine nicht nur den deutschen Entwicklungshilfeminister, Parteifreund Dirk Niebel, sondern auch Paletten mit Hilfsgütern. Bislang hat Deutschland 7,5 Millionen Euro an humanitärer Soforthilfe für Libyen geleistet. Die Minister versprochen,



Zwei deutsche Minister fliegen gen Libyen – im Transportflugzeug der Deutschen Luftwaffe.

Foto: dpa/Hannibal

nun die Hilfe auf mehr als 15 Millionen Euro zu verdoppeln. Das ist ein schwacher Trost für den Ausfall der beschlagnahmten Gaddafi-Milliarden-Guthaben im Ausland, die die EU zwar versprochen hatte, jedoch aus juristischen Gründen nicht weiterreichen kann.

Ein Erkundungsteam der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit ist dabei zu klären, welche Unterstützung im Hinblick auf die Flüchtlingssituation erforderlich und gewünscht ist. Zum deutschen Angebot gehören Wiederherstellung der Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung, Beratung zur Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen und

Binnenvertriebenen sowie die psychologische Betreuung von Kriegsopfern. Die NATO flog derweil weitere schwere Angriffe gegen Tripolis. Seit Beginn der Operation »Unified Protector« Ende März startete die NATO fast 11 000 Flüge gegen Libyen. Über 100 Schiffe wurden kontrolliert. Das beeindruckt Gaddafi wohl wenig. Am Sonntag hatte das libysche Staatsfernsehen gezeigt, wie Gaddafi und der Chef des internationalen Schachverbands Kirsan Iljumschinow eine Partie spielten. Angeblich ging es um die Vorbereitung eines Schachturniers im Oktober in Tripolis.

Unterdessen wird in den USA immer kritischer nach Gründen für die Anti-Gaddafi-Aktion gefragt.

Der Begriff »Stellvertreter-Krieg« macht die Runde. Der Republikaner Craig Roberts, einst Vizefinanzminister unter Präsidenten Reagan, bleibt beispielsweise bei seinem im »Foreign Policy Journal« ausgesprochenen Verdacht, der Krieg richte sich eigentlich gegen Chinas Expansion in Afrika.

Laut Peking Handelsministerium waren im März 75 chinesische Großunternehmen in Libyen mit Verträgen im Wert von 18 Milliarden Dollar engagiert. Laut der südafrikanischen Standard Bank könnten Chinas Direktinvestitionen in Afrika bis 2015 etwa 50 Milliarden Dollar erreichen. Dank Afrika deckt das energiehungrige Land bis zu 28 Prozent seines Ölbedarfs.

Bombengeschäfte für die USA

50 Prozent mehr Rüstungsexporte / Akute Nachfrage dank Krieg in Libyen

Von Olaf Standke

Die USA werden ihre Rüstungsexporte in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um fast 50 Prozent auf 46,1 Milliarden Dollar (32,1 Mrd. Euro) steigern, wie die zuständige Pentagon-Behörde am Wochenende in Washington bekannt gab.

»Verteidigungslösungen für Amerikas globale Partner«, kann man auf der Webseite der Defense Security Cooperation Agency lesen. Die DSCA ist eine Regierungsbehörde, die dem Pentagon untersteht und die US-amerikanischen Waffengeschäfte im Ausland koordiniert. Ohne ein Plazet der Agentur für Verteidigung, Sicherheit und Zusammenarbeit geht offiziell nichts. Für das laufende Haushaltsjahr hat die DSCA jetzt neue Rekordzahlen angekündigt. Von Oktober 2010 bis September 2011 rechnet man mit einem Exportvolumen von 46,1 Mrd. Dollar, das sind fast 50 Prozent mehr als im Vorjahr. Nicht zuletzt der Krieg in Libyen habe zu einer akuten Nachfrage geführt, so DSCA-Chef William Landay. An den Bombardierungen beteiligte Staaten hätten

die DSCA kontaktiert, um ihre Munitionslager aufzufüllen. Man wolle deshalb das Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Noch zu Beginn dieses Jahrtausends lag der Wert der US-Waffenlieferungen bei 10 Mrd. Dollar. Mitte des Jahrzehnts sei ihr Umfang sprunghaft angestiegen, sagte Vizeadmiral Landay. Von 2005 bis 2010 hatten die Rüstungsexporte und militärischen Dienstleistungen ein Volumen von 96 Mrd. Dollar. Laut jüngstem Jahrbuch des Friedensforschungsinstitutes SIPRI sind die USA mit einem Weltmarktanteil von 30 Prozent nach wie vor größter Exporteur von Kriegsmaterial. Von den zehn wichtigsten Waffenschmiedern haben sieben ihren Sitz in den Vereinigten Staaten. Nummer Eins ist weiter Lockheed Martin.

Während die Kunden vor zehn Jahren noch auf günstige Preise geachtet hätten, gehe es inzwischen vor allem darum, schnell Nachschub für die laufenden Einsätze zu bekommen, etwa in Afghanistan, wie Landay erklärte. 79 Prozent der gegenwärtigen Exporte würden von Staaten oder Organisationen bezahlt, die als Kunden

auftraten, der Rest falle unter militärische Hilfe und werde von den USA finanziert. Größter ausländischer Kunde waren zuletzt die Vereinigten Arabischen Emirate. Allein Raytheon lieferte für 3,3 Mrd. Dollar Patriot-Raketen. Zur Zeit arbeitet man in Partnerschaft mit Lockheed Martin an einem neuen Milliardengeschäft – für das Raketenabwehrsystem THAAD (Theatre High Altitude Defense).

Mit Saudi-Arabien ist nun das größte Waffengeschäft der USA-Geschichte geplant, unter anderem geht es um 84 neue Kampfflugs des Typs F-15 sowie die Modernisierung von 70 weiteren Kampfflugzeugen. Die Vereinbarung sieht auch die Lieferung von Radaranlagen und lasergelenkter Munition vor. Das Gesamtvolumen könne bis zu 60 Mrd. Dollar umfassen. Das Königreich soll über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren beliefert werden. Der Waffengroßhändler USA muss sich also um die Zukunft seiner Todesgeschäfte nicht sorgen. Die DSCA spricht von weltweit über 13 000 Verträge mit 165 Ländern, die einen Gesamtwert von 327 Mrd. Dollar haben sollen.

Nowitzki gewinnt ersten Titel

Basketballer siegt mit Dallas im NBA-Finale

Berlin (dpa/ND). Dirk Nowitzki hat als erster deutscher Basketballer den Meistertitel in der nordamerikanischen Profiligen NBA gewonnen. Seine Dallas Mavericks setzten sich am Sonntag mit 105:95 bei den Miami Heat durch und sicherten den 4:2-Sieg im Play-off-Finale. Der überragende Nowitzki wurde als wertvollster Spieler der Finalserie ausgezeichnet.

Handball: Während Heiner Brand beim letzten EM-Qualifikationsspiel gegen Lettland (32:22) als Bundestrainer verabschiedet wurde, schafften die Frauen in Ungarn durch einen 27:22-Sieg die Qualifikation für die Weltmeisterschaft 2011.

Boxen: Der einstige Boxer Wolfgang Behrendt, 1956 in Melbourne erster Olympiasieger der DDR, begeht heute seinen 75. Geburtstag. Seine Erfahrungen nach der Wende: »Unsere Erfolge werden totgeschwiegen.«

Seiten 4, 18 bis 20

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, Zeitungsmachen kann spannend sein, aber manchmal auch stressig. Dass Sie die Wochenendbeilage erst heute erhalten und nicht wie gewohnt am Samstag, hat seine Ursache in einer Havarie in unserem beauftragten Druckhaus am Freitagabend. Kurz vor Beginn der ND-Produktion verabschiedete sich ein wichtiges elektronisches Steuerungsteil. Da es trotz der Anstrengungen der Monteure nicht mehr rechtzeitig ersetzt werden konnte, mussten wir uns – um nicht die komplette Produktion zu gefährden – entscheiden, wenigstens eine 16-seitige Ausgabe zu herzustellen. Der späte Druckbeginn hatte zudem zur Folge, dass in einigen Vertriebsgebieten die Bundesausgabe überhaupt nicht mehr ausgeliefert werden konnte. Dies wird heute zum größten Teil nachgeholt. Die Wochenendbeilage wurde nachgedruckt und liegt der heutigen Ausgabe bei. Für den bei Ihnen entstandenen Ärger können wir uns nur entschuldigen.

Olaf Koppe
ND-Geschäftsführer

Türkei: EU erwartet neue Reformen

Erdogans AKP siegte bei Parlamentswahlen

Istanbul/Brüssel (Agenturen/ND). Nach dem Wahlsieg der islamisch-konservativen Partei AKP in der Türkei erwartet die Europäische Union von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nun weitere Reformen. Dazu gehören die Arbeit an einer neuen Verfassung, teilten der ständige EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am Montag in Brüssel mit. Bei den Parlamentswahlen erhielt Erdogans AKP 49,9 Prozent der Stimmen und damit 326 Mandate in dem 550 Sitze zählenden türkischen Parlament.

In seiner nun dritten Amtszeit kann Erdogan weiter ohne Koalition mit anderen Kräften regieren. Die AKP verpasste aber die erhoffte Zweidrittelmehrheit, die für Verfassungsänderungen nötig ist.

Derweil ist der LINKE-Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg nach eigenen Angaben bei den Parlamentswahlen in der Türkei am Wochenende nur knapp einem Anschlag entgangen. Während einer Wahlfeier in der osttürkischen Grenzstadt Sirtak habe ein Unbekannter plötzlich eine Handgranate in die Menge geworfen. Zwölf Personen seien verletzt worden, berichtete Weinberg am Montag in einer Mitteilung des LINKE-Kreisverbandes Nürnberg-Fürth. Zusammen mit anderen Mitgliedern einer unabhängigen Wahlkommission habe er nur wenige Meter von dem Anschlagort entfernt gestanden, bestätigte Weinberg in einem Telefonat mit der Nachrichtenagentur dpa. Bei den anschließenden Tumulten hätten Sicherheitskräfte Tränengasgranaten eingesetzt und mehrere Schüsse in die Menge gefeuert.

Tagesthema Seite 2